

Politik, Kultur
Programm
aus Ost & West

06/2010

*28.05.2010

Das attac-Bankentribunal

Eine Nachlese

Vom 9.-11. April hat das globalisierungskritische Netzwerk attac in die Berliner Volksbühne zum Bankentribunal eingeladen. Schon zwei Wochen vor Veranstaltungsbeginn sind alle Karten ausverkauft. In etlichen Städten organisieren attac-Gruppen „public viewings“ und verfolgen das Ereignis per Livestream auf der Leinwand.

Anders als einige andere Tribunale der Zivilgesellschaft hat sich attac für eine starke Verteidigung der Angeklagten entschieden und riskiert damit, bei einzelnen Punkten nicht so überzeugend dazustehen, wie es garantiert gewesen wäre, wenn da niemand widersprochen hätte.

Spannend wie ein Krimi

Das Tribunal ist ein Wochenende mit vielen Höhepunkten: Gespannte Stille herrscht am Samstag-nachmittag im vollbesetzten Theatersaal. Die berühmte Nadel wäre wohl zu hören gewesen, hätte sie jemand zu Boden fallen lassen. Der Journalist im Zeugenstand hat auf die Fragen im Kreuzverhör kühl und überzeugend geantwortet. Jetzt legt der Pflichtverteidiger von Deutsche-Bank-Chef Ackermann, der Wirtschaftsjournalist Wolfgang Kaden, nach: Die Bankenaufsicht Bafin habe die Vorwürfe der Spekulation von Banken gegen Griechenland geprüft und angesichts der geringen Dimensionen Entwarnung gegeben. Was der Zeuge dazu zu sagen habe? Der atmet durch, bevor er antwortet: „Ich bin nach Bonn gefahren und habe selbst bei der Bafin nachgefragt. Der Beamte hat mir bestätigt, dass sie sich auf Zahlen gestützt haben, die auf einer freiwilligen Selbstauskunft der Finanzbranche basieren und die nicht zu überprüfen sind. Der Entwarnung ist nicht zu trauen.“ Als Harald Schumann darauf den Zeugenstand verlässt, bekommt er tosenden Applaus.

Emotionen und klare Argumente

Intensive Reaktionen des Publikums begleiten den gesamten Prozess an diesem April-Wo-

chenende. Die fünf Richterinnen und Richter lassen den Saal dennoch nicht räumen, Leidenschaft ist erlaubt. Dabei bleibt das Publikum fair, auch wenn die Verteidiger unliebsame Dinge sagen.

Bereits am Freitag Abend hatte Wolfgang Lieb von den „Nachdenkseiten“ als Auftaktredner den Teilnehmern einiges zum Weiterdenken auf den Weg gegeben. Die beiden Kabarettisten Urban Priol und Georg Schramm heizten dem Publikum tüchtig ein.

Dann der Verhandlungstag am Samstag - ein wahrer Marathon: Zwölf Stunden lang wird über die Weichenstellungen, die zur Krise führten und die Entwicklungen seitdem, debattiert. Kaum jemand verlässt zwischen durch den Saal, alle sind höchst aufmerksam.

Weltweite Folgen – und das Nicht-Handeln der Politik

Nach der Aufarbeitung der Bankenrettungswochen geht es in sechs parallelen Anhörungen um die Zerstörung von Lebensgrundlagen durch die Krise am Beispiel des globalen Südens, der Demokratie, der Sozialen Sicherungssysteme, der Arbeitswelt, der Ökologie und der öffentlichen Haushalte. Folgen und Ursachen liegen nah beieinander: Die öffentlichen Kassen leiden nicht nur unter der teuren Krise, sondern sind auch wegen politisch beschlossenen Steuersenkungen leer. Diese Umverteilung von unten nach oben hat aber zugleich risikofreudigen Finanzjongleuren weiteres Geld in die Hände gespielt. Die Sozialkassen stöhnen über die Belastung durch zusätzliche Arbeitslose – die Teilprivatisierung der Altersicherung in Form der Riesterrente hat aber dazu beigetragen, noch mehr Geld auf die Finanzmärkte zu spülen und die solidarische Umlage-Finanzierung der Rente auszuhöhlen.

Intensiv befasste sich das Tribunal später mit der Politik der großen Koalition und der jetzigen Regierung seit dem Ausbruch der Krise. Die Anklä-



ger machten beide für mangelnde Ursachen-Bearbeitung der Krise verantwortlich. Als Zeugen sprechen Sven Giegold und Harald Schumann und unterstreichen eine vernichtende Bilanz: Es fehlt den politisch Verantwortlichen am Willen, die Finanzmärkte wirklich an die Kette zu legen und gezielt zu schrumpfen.

Am Urteil scheiden sich manche Geister

Am Sonntagmorgen verkündete die Jury nach durchwachter Nacht das Urteil. Während einige Zeitungen schon die Tatsache, dass es ein Urteil gab, für eine Dreistigkeit attacs halten, beklagen andere, dass der Spruch keine harten Strafen für die Angeklagten beinhalte.

Dabei gelang es den Richtern und Richterinnen zweifelsohne das Urteil klug zu formulieren. Es stellt die politische Verantwortung für die Krise mit klaren Worten fest und belegt anhand gut dargestellter Beispiele. Es endet mit Forderungen, die Grundlagen für die weitere kritische Arbeit sein können.

Das historische Verdienst des Tribunals liegt nicht im Urteil, sondern darin, dass es überhaupt stattgefunden hat; darin, dass überhaupt festgestellt wurde: Es gibt persönliche Verantwortung; die Angeklagten hatten einen Handlungsspielraum; nichts, was geschah, war alternativlos.

Möglicherweise ist einigen gar nicht klar, dass das Bankentribunal kein Theaterstück war, das jemand zuvor geschrieben hatte, inklusive eines erfundenen Urteils. Ein solches hätte sicher anders ausgesehen. Aber das Urteil wurde von den durch attac eingeladenen Richtern gefällt.

Ein drakonisches Urteil, das von Einzelnen im Nachhinein eingefordert wurde, wäre Gefahr gelaufen, die gesamte Veranstaltung zu entwerten. Hätte bei einer „Haftstrafe für Merkel“ doch Jede/r gewusst, dass attac nicht die Handschellen klicken lassen kann. Auch „Hartz IV“ für Josef Ackermann wäre ein folgenloser Spruch geblieben. Ein Urteil zu verhängen, das durchzusetzen das Tribunal nicht in der Lage ist, hätte die gesamte Veranstaltung schlicht als Theater abgewertet.

Die Systemfrage nicht ausgeblendet

Ein Projekt wie das Bankentribunal ist ein Balanceakt zwischen „Personenbezogenheit“ und „Systemfrage“. Die Vorbereitungsgruppe wollte das Tribunal, den qualifizierten Streit, die Widerworte, die Kreuzverhöre. Und dennoch achteten alle Beteiligten darauf, Beiträge zu leisten, die zu einem Verständnis für systemische Ursachen des Schlamassels führen. Eine Fixierung auf einen oder wenige „Oberbösewichter“ war nicht im Interesse von attac. So gesehen ist der vielleicht spontan nahe liegende Ruf nach einem harten Urteil gar nicht radikal, sondern kontraproduktiv.

Um vom Zuhören zum Handeln zu kommen, fand am Sonntag das Bankentribunal seinen Abschluss mit dem Forum der Alternativen. Die begonnene Strategiedebatte wird in den folgenden Monaten weitergeführt – unter anderem bei der attac-Sommerakademie in Hamburg.

JUTTA SUNDERMANN

www.attac.de/aktuell/krisen/

EDITORIAL

Das Wort der letzten beiden Wochen heißt Finanztransaktionssteuer – ein heißer Kandidat für das Wort des Jahres. Ein Jahrzehnt hat es gedauert, bis über die „Spinneridee“ der ersten Attacies im Parlament abgestimmt wird. Die SPD ist sogar schneller als attac. Sie will 1 Million Unterschriften für ein EU-Bürgerbegehren zur Umsetzung der FTT sammeln. Gut so.

Und was wird jetzt aus attac? Für uns ist schon lange klar, dass die Probleme dieser Welt mit der Besteuerung der Finanztransaktionen nicht gelöst werden können. Aber – über die Tobinsteuer haben die Aktivisten zur Analyse der neoliberalen Globalisierung gefunden. „Die Menschen vor dem Profit!“ ist zu einer der wichtigsten Losungen der GlobalisierungskritikerInnen geworden. Attac versteht sich als Bildungsbewegung. Zunächst geht es darum, die Dinge im Globalisierungsdschungel zu durchschauen, Zusammenhänge zu erkennen, MitstreiterInnen zu suchen. Dann kann eine Gruppe vor Ort Aufklärung und Bildung organisieren. Filmfestivals, Vortragsreihen, Straßenaktionen ...

So möchten die Attacies die Möglichkeit eröffnen, sich über die komplexen weltwirtschaftlichen Themen und deren Bezug zum eigenen Alltag ein Bild zu machen. „Weil die Krise System hat“, so lautete der Untertitel des öffentlich wirksamen von attac initiierten Bankentribunals. Staat und Gesetzgeber sind über Jahre ihrer Verantwortung nicht nachgekommen. Die bestehenden Gesetze sich zur Eindämmung der Bankenkrise und ihrer noch zu erwartenden Folgen erweisen sich als völlig ungeeignet. Das Tribunal wurde zum Ort für die Auseinandersetzung mit den strukturellen Ursachen der Krise und Alternativen zum System. „Eine andere Welt ist möglich!“ Dies ist das Thema von attac.

SOLVEIG FELDMEIERS
RICHARD SCHMID

Von attac lernen, heißt Siegen lernen

Bundesregierung legt sich auf Finanztransaktionssteuer im Euroraum fest

Fast unbemerkt von den Medien, die nur auf das guckten, was der Bundestag am 21. Mai 2010 beschloss oder ablehnte, erklärte Wolfgang Schäuble im Namen der Bundesregierung und im ausdrücklichen Auftrag der Bundeskanzlerin, die Bundesregierung werde sich beim G 20-Gipfel im Juni für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer einsetzen. Sollte es dafür keine Zustimmung geben, werde die Regierung sich um einen Konsens in der EU bemühen und - falls London sich sperre - im Euroraum. So nachlesbar im Bundestagsprotokoll. Damit legt sich die Bundesregierung fest und bestätigt gleichzeitig, dass Attac Recht hat mit der Feststellung, dass die Einführung auch nur im Euroraum machbar und sinnvoll ist, was bisher als Unsinn bezeichnet wurde. Das ist ein bemerkenswerter Erfolg für die Gründungsforderung von Attac und der

globalisierungskritischen Bewegung. Natürlich wäre ein ausdrücklicher Beschluss des Bundestages wertvoller. Noch besser wäre ein Vorratsbeschluss in Form eines Gesetzesentwurfs des Bundestages, ähnlich wie ihn die französische Nationalversammlung oder das österreichische Parlament schon vor Jahren fassten. Danach sind diese und andere Länder bereit zur Einführung, wenn andere Länder mitmachen. Doch die Festlegung der Bundesregierung, die sie zu Protokoll gegeben hat, ist die Festlegung, die sich der Finanzstaatssekretär Österreichs in der Anhörung des Finanzausschusses des Bundestages am 17. Mai 2010 via Videokonferenz als Durchbruch in Europa wünschte.

Der jahrelange Kampf national, mit den europäischen Attacs und NGOs und letzten Endes die Kampagne Steuer gegen Armut, in der Attac neben der Jesuitenmission, insbes. Jesuitenpater Jörg

Alt und dem DGB einer der tragenden Pfeiler ist und die von 60 Organisationen getragen wird, haben sich ausgezahlt. Im Dezember 2009 haben mehr als 66.000 Bürgerinnen und Bürger innerhalb kürzester Zeit eine Online-Petition des Bündnisses für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer unterzeichnet. Europa-weit haben die Forderung bereits mehr als 250.000 Menschen unterschrieben. Bei der Anhörung am Montag im Finanzausschuss waren mehrere Experten des Bündnisses vertreten.

Nun verlangen wir von der Bundesregierung, dass sie diese Erklärung energisch in die Tat umsetzt. Öffentlich haben wir erklärt, wir seien gern bereit, mit Frau Merkel und Herrn Schäuble über mögliche Wege zur Umsetzung zu sprechen.

Jetzt geht es er bis zum 20. Juni 2010 vor allem darum, für die internationale Unterschriften-sammlung auf [armut.de möglichst viele Unterschriften zu bekommen. Jede und jeder ist aufgerufen, nach seiner eigenen Unterschrift, bei Freunden und Bekannten und über alle ihm \(ihr\) verfügbaren Adresslisten für die Unterschrift zu werben, mit der die am G-20-Gipfel teilnehmenden Staats- und Regierungschefs gedrängt werden, eine internationale Finanztransaktionssteuer einzuführen. Je mehr Unterschriften zusammen kommen, desto größer der Druck auf die Staats- und Regierungschefs keine faulen Kompromisse, z.B. Finanzaktivitätensteuer zu schließen, die eine Finanztransaktionssteuer nicht ersetzen kann. Denn während letztere alle Umsätze auf den Finanzmärkten besteuert, erfasst erstere - so weit bisher zu sehen - nur die Gewinne und die Lohnsumme von Banken und einigen institutionellen Anlegern. Damit hat die vom IWF bevorzugte Steuer ein viel geringeres Aufkommen und](http://www.steuergegen-</p>
</div>
<div data-bbox=)

dämpft auch nicht die kurzfristigen Spekulationen, die sich so verheerend auswirken.

Der erste Teilerfolg darf uns nicht nachlässig werden lassen. Bis zur Einführung der Transaktionssteuer müssen wir alles, was möglich ist, mobilisieren. Denn nur danach kann das Geld für den Kampf gegen Hunger und Armut in der Welt und für den Klimaschutz eingesetzt werden.

DETLEV V. LARCHER

Im Internet:
Informationen zur Kampagne „Steuer gegen Armut“
<http://www.steuer-gegen-armut.org/>
Internationale Unterschriften-kampagne:
<http://www.makefinancework.org/?lang=de>
Attac-Seite zur Finanztransaktionssteuer:
<http://www.attac.de/aktuell/finanztransaktionssteuer/startseite>

Nicht nur meckern, sondern anders machen

Kunstprojekt zu Weltverbesserung und Utopie



Die Ruhe vor dem Sturm“, so hieß eine vom Friedenskreis Halle und der Böll-Stiftung initiierte Veranstaltung zur Betrachtung der derzeitigen gesellschaftlichen Situation. Steffen Henkel und Sebastian Löwe fielen mir auf durch ihr beherztes Eintreten für einen generellen Wandel in unserer Einstellung zur Arbeit.

Es ist ein kalter Mainachmittag. Die Temperatur in dem ehemaligen Ladenlokal im Erdgeschoss des sanierungsbedürftigen Altbaus lädt nicht gerade zum gemütlichen Plausch ein. Dennoch werden wir hier mehr als zwei kurzweilige Stunden verbringen. Sebastian springt zum Bäcker gegenüber – ein Standortvorteil. Steffen bereitet den Kaffee. Ich erfahre, dass die beiden zwar das Projekt, aber nicht den Namen ufo kreiert haben. Der ist abgeleitet von der ehemaligen Galerie im Hause. Die Räume wurden von der Halleschen Wohnungsbau Gesellschaft angemietet. Schön wäre es, wenn auch der freie Platz vor dem Laden genutzt werden könnte. Der allerdings ist schon wieder öf-

fentlicher Raum. Um hier was veranstalten zu können, bedarf es der Genehmigung durch das Ordnungsamt. Sebastian, der junge Mann mit der strengen Brille im schalkhaften Gesicht erzählt in der für ihn typischen ironischen Art von den Erlebnissen mit dem Amtsschimmel.

Im Gespräch wird mir schnell klar, die beiden Aktivisten sind in erster Linie Kreative, Künstler. Sie jonglieren mit Worten, werfen sich gegenseitig die Bälle zu, ab und an krieg ich auch einen zum Fangen. Ihr halbjähriges Vorhaben deklarierten und starteten sie als Kunstprojekt. Ihr Anliegen ist es jedoch, die hermetische Trennung zwischen Kunst, Wissenschaft, Politik und Leben aufzuheben. Im Kleinen ausprobieren was innerhalb unserer gesamten Gesellschaft passieren müsste. Die ufo-Universität versteht sich als ein Forum für Bildung, Diskussion und Konfrontation. Sebastian sagt: Kunstprojekte geben sich häufig auch politisch, treffen politische Aussagen, hören jedoch da auf, wo Kritik an Herrschaft anfängt weh zu tun. Die Kritik be-

läuft sich darauf, dass ein Problem gespiegelt wird. Kunst bleibt ohne Urteil bzw. bleibt im ästhetischen Urteil stecken. Damit ist Kunst nicht diesseitig, nicht politisch und historisch. Kunst sagt, sie sei politisch, erhält aber den Status Quo – setzt nicht auf Kritik und Veränderung. Das Kunstwerk lebt sozusagen im Meckern über die Kunst. Wir wollen nicht nur meckern, sondern ausprobieren, es anders zu machen. Wir wollen auf den Tisch hauen.

Den Initiatoren der ufo-Universität geht es um nichts weniger als die Re-Politisierung der Öffentlichkeit. Dabei betrachten sie sich selbst als Suchende und begreifen den von ihnen angestoßenen Prozess in erster Linie als gemeinsame Bildungsarbeit. 30 Menschen unterschiedlichen Alters und mit verschiedenem sozialen Hintergrund sind der Einladung zum Mitdiskutieren und Mitmachen bisher gefolgt. Außerdem werden thematische Veranstaltungen angeboten. Besonders gut besucht war: Who's afraid of Angst? Im Mittelpunkt stand dabei die mediale Erzeugung dieses

Gefühls. Die jungen Leute wollen einen Rahmen für Gruppenarbeit bieten und sie auf eine solide erkenntnistheoretische Basis stellen. Einen Platz füllen, den Steffen „neue soziale Praxis“ nennt, für den es jedoch noch keinen Begriff gibt. Ziel der Auseinandersetzung ist, Methoden zu entwickeln, wie man sich mit Institutionen in der Öffentlichkeit auseinandersetzt. Steffen ist der analytische, wissenschaftliche Kopf des Duos. Er betrachtet aus theoretischer Perspektive. Und ich habe Mühe, seine druckreifen, komplexen Gedankengänge mitzuschreiben. Der Doktorand der Germanistik fasziniert durch die Art und Weise seines Vortrages. Seine Augen leuchten, er lebt für die Sache, die er wissenschaftlich untersucht. Glücklicherweise übersetzt Sebastian, der „nicht untheoretisch, aber eher der alltagspraktische Typ“ ist. Da haben sich anscheinend zwei gesucht und gefunden. Wie kam es dazu?

Steffen ist Jahrgang 1976, Sebastian zwei Jahre jünger. Steffen hat als Pionier viel von der Wende mitgekriegt. Er stammt aus Senftenberg. Seine Eltern waren Chemiker in Schwarzheide, heute BASF. Er wuchs auf in einem wohlwollenden, entspannten Elternhaus. Politisiert worden ist er über den Freundeskreis. Das „Theater der Bergarbeiter“ in seiner Heimatstadt spielte dabei eine große Rolle. Im Philosophiezyklus hat er Sartre, Kirkegaard und Heidegger gelesen. Zum Studieren kam er nach Halle. Er absolvierte ein Lehramtsstudium, Deutsch an der Uni und Kunst an der Burg Giebichenstein. So fand er die persönliche Verbindung zwischen Kunst und Wissenschaft. Sebastian wurde von seinen Eltern, beide Restauratoren, in Potsdam „staatsfern“ erzogen. 1986 ist der Vater „in den Westen abgehauen“. Ein Tadel in der Schule kam einer Adellung zu Hause gleich. Alles, was außerhalb der vier

Wände schlecht war, war gut. „Besser kann man nicht versaut werden.“ meint er grinsend. Als Jugendlicher ist er Sprühen gegangen. Aber auch in dieser Szene gab es Autoritäten und Konkurrenzverhältnisse. Heute bezeichnet er das als „hierarchiegläubige Männerquatschscheiße“. Nach dem Abitur folgten drei Jahre Studium in Bochum: Medienwissenschaften und Geschichte. Vor fünf Jahren zog er nach Halle um hier Medienkunst zu studieren. Nun schreibt er an seiner Diplomarbeit: „Kritik im Feld der Kunst“. Seine Politisierung erfolgte über die Analyse und Diskussion des Internets.

Die Wege der beiden kreuzten sich an der Burg. Man kam ins Gespräch, entdeckte ähnliche Einstellungen, entwickelte Ideen und schließlich das Projekt. Wogegen sie ankämpfen, ist die in den Medien- und Kulturwissenschaften als unumstößlich geltende These, dass sich der einzelne kein politisches Urteil mehr erlauben kann, weil die Wirklichkeit zu komplex geworden ist. Auf der anderen Seite steht der Fakt, dass die einzelne in der Öffentlichkeit als für sich selbst verantwortlich dargestellt wird. „Scheitern“ wird als persönliche Angelegenheit betrachtet, nicht als vom System ausgelöst. „Ich bin nicht die Ursache für meine Selektion.“ Dieser Gedanke soll thematisiert und reflektiert werden. Was hat das mit den Leuten aus der Kunst zu tun? Nach Meinung meiner Gesprächspartner sehr viel. Deshalb waren sie auch begeistert, als sich unter den Studenten der ufo-Uni eine Anzahl von Künstlern fand um die Diskurse über Psychologie, Identität und Räume zu führen. Mittlerweile sind alle Künstler abgesprungen. Sebastian sieht die Ursache darin, dass sie „versaut von der Institution Kunst und normiert durch den Kunstbetrieb“ seien. Die Leute von der Martin-Luther-Universität dagegen, zeigten sich „flexibler und pro-

duktiver, da sie in der Lage seien mit ihrem Status zu spielen.“ Uns wird täglich das Auskommen mit uns selbst gepredigt. Dabei leben wir in nicht gewählten Zwangsverhältnissen. Wir sind permanent in der Pflicht. Das kann nicht als Freiheit empfunden werden. Das arbeitet der Selbstbestimmung entgegen. Es gibt keinen Herrscher, aber entsprechende Strukturen in den Institutionen und den ökonomischen Verhältnissen. Wir selbst treiben das System der Marktwirtschaft ständig weiter.

Wo ist da ein Ausweg? „Den suchen wir ja. Jedenfalls nicht im Privaten! Und auch nicht im Ästhetischen!“ sind sich die beiden einig. „Es geht um Agitation und Organisation. Es geht darum, handlungsmächtig zu werden. Die Dinge verstehen, schafft Ruhe.“ wirft Sebastian ein. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel. Weg von: Die Welt ist gut so, wie sie ist. Weg von der kompletten Negierung der ökonomischen Ursachen und der Verteufelung von Kritik am System. Weg von Psychologisierung statt Urteil. Weg von den Stammtischantworten. Kultur und Identität gehen nimmer der Politik voraus. Das K1-Seminar hat uns die Augen geöffnet! Was für ein Seminar? Na, Marx, Kapital: Band 1.

Ach so.

Bleibt nur noch der Traum. Steffen: „Ein Traum hört sich so an wie eine Wahrheit. Für die Gesellschaft habe ich die schon gar nicht. Darf doch irrational sein, oder? Ich möchte gern ein Knöpfchen drücken können und die Leute wieder haben, die einem weggestorben sind.“ Sebastian: „Ich würde ein Theaterstück machen wollen. Das umsetzen, was wir theoretisch erarbeiten.“ Das letzte Wort gehört Steffen: „Ich wünsche mir eine gerechte, partizipatorische Art des Zusammenlebens. Die Aufhebung der Verwundung des Menschen.“

SOLVEIG FELDMIEIER

Die ufo-Universität ganz privat

Moment ‚mal: Wollten wir privat sein?! Unsere Sozialisation ... wollten wir die in den direkten Zusammenhang mit der ufo-Universität bringen? Nun gut. Alles auf Start: Wir. Wir – in loser Gruppe und ganz basisdemokratisch – sind gestartet um herauszufinden, ob es die Not und ob es die Möglichkeiten gibt, Freiräume zu erkämpfen. Ob wir es wollen, wollen müssen oder können. Zur Erinnerung: Gegen eine Ökonomie, die mich zur Lohnarbeit überredet, einen Staat und seine Staatsbürger, die chorisch einstimmen und wo der Größte alles mit seinem Knüppel dirigiert. Wo ich eine Arbeit habe, die mein Glück und meine Selbstfindung, sein darf, die nur leider kein Einkommen bringt. Gegen eine Medienöffentlichkeit, die mir erzählt, dass die Griechen nur „ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben“ und dass der Laden hier schon in Ordnung geht. Gegen das Gequatsche von Identität, das mich überreden will, hier im chronisch unterfinanzierten und strukturschwachen Bundesland zu bleiben, wo ich kein Geld verdienen müssen-kann, müssen-darf, gesegnet-sein-soll. Gegen

eine Identität von und mit Leuten, mit denen ich nichts teile, außer dass sie auf Arbeit, im Krankenzimmer und in der Warteschlange für den nächsten Krisenrabatt neben mich gestellt worden sind. Gegen die Standort-Konkurrenzlogik eines Bundeslandes, in dem ich früher aufstehen muss. Und gegen eine Menge anderes Zeug, das gegen mich ist und gegen mich verwendet wird. Soviel Gegen hätte doch ein schönes Für-Etwas ergeben können, sollen, dürfen.

Die ufo-Universität-Gruppe hat sich nunmehr fast in Wohlgefallen aufgelöst – zu groß scheinen die Anforderungen an die Teilnehmenden, neben Universität, ARGE-Terminen oder Vorbereitung auf das Studium, Praktikum, Job und einem Haufen anderer guter Projekte noch hierher zu finden. Zu klein scheint die in vielen Stunden gemeinsam freigelegte bzw. erarbeitete Basis, um Projekte umzusetzen, die Bestehendes in Frage stellen und Neues antizipieren. Und zu wenig Erfahrung haben ‚die Macher‘ in eben jenen Gruppenprozessen. Wir konnten es nur vorschlagen – „Scheitern“ war geplant.

Aber hey! Alles auf Start: Wir. Wir sind Stehaufmännchen des Projekt-Managements, nimmer-satte Öffentlichkeitsarbeiter ... für den guten Zweck. Neues Format, neue Wege. Zur Not mittels aggressiver Akquise, zur Not in überregionalen Zeitungen. Hin-kommen, hinhören, hinempfehlen: Am 1. Juni senden wir einen halbtägigen Stadtrundgang anlässlich der Internationalen Bauausstellung IBA 2010, die Sachsen-Anhalt beglückt, und dabei auch Halle, in der die ufo-Universität wirkt. ‚Identität‘ – ja, auch hier – gilt der IBA als Standort-Verpflichtung. Und der Wettkampf der Standorte steht dabei im offensichtlichen Widerspruch zu einer wirtschaftlichen ‚Solidarität‘ der EU-Regionen. Warum, so fragen wir uns weiter, ist der Widerpart zu einer subventions-gestützten und als frei behaupteten Ökonomie nicht die radikale Infragestellung marktaffiner Denkweisen, sondern nur massenweiser, durch Fotowände aufgehübschter Leerstand? Für diesen Fragenmarsch kooperieren wir mit dem halleschen Freien Radio CORAX, das uns beste Funktechnik zu bester Sendezeit

anvertraut. Mittels dieser Technik sind wir mobil, werden, während wir die Stadt erschleichen, mit Fremden, Freunden und Fachfrauen ins Gespräch kommen.

Außerdem gibt es Themenabende: Einer wird sich mit dem erstarkenden Nationalen in der Kunst beschäftigen, ein anderer mit der Frage, wie man sich als Kultur-AkteurIn gegen die Problemgelage globaler Standortwettkämpfe um begrenzte Investorengelder und Ressourcen durchsetzen kann, ohne bloß Staffage für die sektorale Hier-Bleiben-Standort-Stärken!-Logik der Bundesländer und ihrer Institutionen zu sein.

Mit dem kleinen und illustren ufo-Universität-Festival vom 14. bis 24. Juli werden wir die Anregungen, die wir in der Gruppenarbeit bekommen haben, aufgreifen und in Kooperation mit anderen AkteurInnen in Halle umsetzen. Warum nicht im Kiosk der Familie Fleischer Straßenseminare zum Thema Zinswirtschaft abhalten? Warum nicht die Sprache als Herrschaftsinstrument auf die Tagesordnung setzen und gemeinsam Praxen



schaffen, die das durchbrechen. Also warum nicht einen längst überfälligen Leitfadentext entwickeln, mittels dessen man das Politikdeutsch in Rhetorik der Moral, der Sache und der Meinungen sondieren kann? Warum nicht einladen, öffentliche Kunst- und Kulturförderstrukturen, die in Sachsen-Anhalt nicht notwendig vor Hartz IV bewahren, hinterfragen und mit ExpertInnen darüber diskutieren? Warum nicht Gegenplakatieren zu Gentrifizierung, Mietspiegel und der Praxis kommunaler Firmen? Und warum nicht nebenbei Partys feiern, Experimentelle Musik machen und hören, gute Filme schauen und diskutieren? Alles, liebe Le-

ser, aktualisiert unter www.ufo-universitaet.de.

Was aus Sebastian und Steffen wird, wenn es die ufo-Universität nicht mehr gibt, wissen wir nicht. Alles auf Start: Steffen wird wahrscheinlich sein Doktoranden-Studium schmeißen, an der Schengen-Grenze Hot-Dogs an Flüchtlinge aus Afrika und zeitweise eine Träne an Chantal Mouffe verschenken. Sebastian wird aller Voraussicht nach eine Professur an der HartzIV-Akademie annehmen und dort die nächste Bankenkrise verhindern, ääh: bauen.

STEFFEN HENDEL & SEBASTIAN LÖWE

Flashmob vor Deutscher Bank

Leipzig protestiert gegen „Verleihe und verängstige“



Mittwoch, 5. Mai, 14 Uhr. Ein kurzer Pfiff. Ein kleiner Auflauf. Zwei Dutzend junge Leute stürmen auf den Eingang der Deutschen Bank am Leipziger Martin-Luther-Ring zu, bilden eine Schlange, als wollten sie Geld abheben. Dann kommt der Crash. Alle fallen um. Der Börsencrash in Leipzig. Eine kleine Flashmob-Aktion.

Die Botschaft dahinter ist weniger lustig: Am selben Tag waren die Griechen im Generalstreik. Und im Bundestag ging es um die Unterstützung, die die Bundesrepublik leisten will zur Rettung der griechischen Zahlungsfähigkeit. 110 Milliarden Euro wollen der IWF und die europäische Staatengemeinschaft aufbringen, um Griechenland aus der Misere zu helfen, 80 Milliarden davon die Europäer selbst. Ein Haufen Geld, den sich ein normaler Steuerzahler schon längst nicht mehr vorstellen kann. Aber: Es ist der Steuerzahler, der für die Summe gerade steht. Auch für diese Summe, muss man sagen. Es ist ja nicht das erste Rettungspaket, das die Bundesregierung schnürt, um die schlimmsten Folgen der Finanzkrise zu verhindern.

Oder sollte man nicht doch besser aufhören von Finanzkrise zu sprechen, sondern eher von einem Pokerspiel reden, das munter weitergeht?

Die jungen Leute von Attac Leipzig, die den kleinen Flashmob vor der Deutschen Bank inszenierten, hielten weiße Schilder hoch: 28 Milliarden, 43 Milliarden, 22 Milliarden. – Es ist der Irrwitz der Rettungspakete, die auf einmal geschnürt werden. Obwohl die Länder schon unter Schuldenbergen stöhnen. Und dann wird einkassiert: Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder.

Und dann kommt das nächste Schild in Aktion: darauf steht „Standard & Poors“. Die größte Rating-Agentur der Welt. Wie andere Rating-Agenturen nicht nur verantwortlich für die völlige Überbewertung der amerikanischen Immobilienpapiere vor dem Crash 2007. Und der Crash? Wer hat den ausgelöst? – Auch das waren die Rating-Agenturen, die eben noch mit Bestnote bewerteten Papiere über Nacht zu Schrott erklärten. Was dann den Dominoeffekt auslöste an den Börsen ...

Oder? Oder war es nicht, wie jetzt gerade in den Ermittlungen gegen die 2008 mit US-Steuergeldern gerettete Bank Lehman Brothers deutlich wird, der Auftakt zu einer ganz neuen Pokerrunde, mit

der auf einmal unverhohlen gegen die eben noch bejubelten Papiere gewettet wurde? Dasselbe Spiel, das die Europäer staunenden Auges verfolgen dürfen, seit die ersten Nachrichten über griechische Haushaltsschwierigkeiten lanciert wurden und die großen Rating-Agenturen – auch Standard & Poors wieder dabei – gleich ein ganzes Land herabstufen zum Kandidaten für die „Zahlungsunfähigkeit“?

„Und es wird nicht bei Griechenland bleiben“, befürchtet Mike Nagler, Leipziger Attac-Mitglied und vor zwei Jahren Mitinitiator des Bürgerbegehrens um die Leipziger Kommunalunternehmen. „Es wird doch schon ganz offiziell über den Dominoeffekt gesprochen. Nach Griechenland kommen Spanien und Portugal und Italien – und irgendwann ist Deutschland dran.“

Denn natürlich wird eine Volkswirtschaft zum Spielball der Märkte, wenn sie sich verschuldet. Sie nimmt ja ihre Schulden nicht bei Mister X auf, sondern bei den großen Banken. Auch die Deutsche Bank ist fleißig beteiligt an den Griechenland gewährten Krediten.

„Die haben auch jetzt beim Wetten gegen Griechenland ordentlich verdient“, sagt Nagler. „Nur an der Rettung beteiligen sie sich nicht wirklich. Was die Banken da versprochen haben, ist lächerlich. Die Zeche muss wieder der Steuerzahler bezahlen. Niemand sonst.“

Was auch nicht neu ist. Auch die Rettungspakete von 2008 und 2009 bezahlt der deutsche Steuerzahler. Sie tauchen sämtlich in der Staatsverschuldung Deutschlands wieder auf, die mittlerweile weit über 1,7 Billionen Euro liegt. Geld, das die Bundesrepublik, die Bundesländer, Kommunen und öffentlichen Institute wieder eben jenen Banken schulden, die am großen Finanzpoker jedes Mal beteiligt sind. Die Folgen der „Finanzkrise“, die keine Krise ist, sondern eine gewaltige Umverteilung, stehen in den Schuldbüchern der Staaten.

„Europa fürchtet den Schulden-Schock“, titelt Spiegel Online. Und hat Recht damit. Denn das, was jetzt in Griechenland geschieht, bedroht jedes Land der Welt. Manche haben es schon erlebt, wie das ist, bis zur Insolvenz hinuntergezockt zu werden. Argentinien ist dieser Tage in aller Munde. Und die Europäer erfahren nun, dass das längst kein Alarmszenario mehr für ein Land in Lateinamerika ist. Es passiert mitten in der wohlhabendsten

Region der Welt. Und das nicht nur, weil die Griechen über ihre Verhältnisse gelebt haben. Mit ihren Schulden haben sie sich angreifbar gemacht. Ihre Kredite werden auf den Finanzmärkten gehandelt – genauso wie die Schrott-Immobilien-Papiere Made in USA vor drei Jahren. Genau wie die CDOs, die ein völlig vom Größenwahn befallener Wasserwerke-Geschäftsführer eingekauft hat. Der Schrott ist Gold wert – nur nicht für den, der ihn besitzt. Sondern für den, der dagegen wettet.

Und das hat mit Geschäftsmethoden zu tun, die in den letzten 30, bald 40 Jahren Stück für Stück ihren Weg in die Praxis der weltweit agierenden Banken gefunden haben. Stück für Stück haben sie jede Kontrolle abgestreift, wurden Wetten auf Aktien- und Währungskurse genauso zugelassen wie völlig undurchsichtige Fonds, die mit geliehenem Geld die Märkte zum Taumeln bringen konnten. Und seit dem Crash von 2008 verhandeln die Regierungen der großen Staaten vergeblich, den Finanzmärkten endlich Zügel anzulegen und Regeln einzuführen.

Attac ging in den 1990er Jahren an den Start, um den Finanzmärkten wenigstens eine winzige Abgabe aufzuerlegen, die die Spieler auf den Märkten zu einer kleinen Beteiligung an der Risikovorsorge zwingen sollte, die genau solchen Crashes vorbeugen sollte, die jetzt Länder wie Griechenland bedrohen. Tobin-Steuer nennt sich das Regulativ, Finanztransaktionssteuer. „Eine ganz geringe Steuer, die aber genau diese Wetten auf den Finanzmärkten unattraktiv macht“, sagt Mike Nagler.

Und was sagt die Bundeskanzlerin, die im Bundestag Zukunft beschwört und den Steuerzahler schon einmal aufs Zahlen vorbereitet? – Sie hält die FTT für nicht durchsetzbar. Der IWF, der Internationale Währungsfonds, habe davon abgeraten, sagt sie. Jener IWF, der seit Jahrzehnten nur zwei Ziele verfolgt: die Abschaffung aller Handelsbeschränkungen und die Eliminierung aller Devisenkontrollen. Land um Land, das ihn um Hilfe angerufen hat, hat er zu „Reformen“ gezwungen – Reformen, die in einer radikalen Privatisierung der Wirtschaft bestehen und in dem, was auch die FDP gern eine „Verschlankung des Staates“ nennt: ein Zurückschneiden der staatlichen und sozialen Systeme.

RALF JULKE

Die Entdeckung der Nachhaltigkeit

Rücksichtsvoll, respektvoll, liebevoll



Die Nachhaltigkeit trat in Schüben in mein Leben.

Ich esse gern. Besonders gern esse ich gut. Und deshalb ist es kein Wunder, dass die Nachhaltigkeit über meinen Bauch Zutritt bei mir fand. Wobei ich nachhaltig für eine unpassende Übertragung des schwer zu übersetzenden, aus dem Englischen stammende „sustainable“ halte. Rücksichtsvoller, respektvoller, liebevoller Umgang mit natürlichen Produkten und Energie, der zudem noch lange vorhält, das trifft es eher und einigemaßen.

Doch zurück zu dem Esserlebnis der besonderen Art. Es muss 1981/82 gewesen sein. Ich war wie so oft in meinem Leben prekär beschäftigt, obgleich das damals noch nicht so hieß und sich auch nicht ganz so prekär anfühlte wie heute. Mein Chef, Europaabgeordneter der Grünen in Schleswig-Holstein, Biogärtner und Orchideenfreak hatte mich zum Essen bei sich zu Hause eingeladen. Was es gab, weiß ich nicht mehr – aber es hat wunderbar geschmeckt und war erstaunlicherweise Vollwertkost. Bis dato hatte ich die

Öko-Fraktion bei den Grünen immer mit Argwohn betrachtet. Als Sohn der Aufklärung wollte ich mit den boden- und heimatverbundenen, selbst gestrickten Socken tragenden Biobauern, denen rechte Ideologien anhafteten, nichts zu tun haben. Aber das Essen überzeugte. Ich begann genauer hinzusehen – auf die Ökos, ihre Produkte und ihre unterschiedlichen politischen Ansätze.

Den nächsten Schub bekam ich durch Windkraft. Bei der Besichtigung der ersten Windräder. Damals eigenhändig von einzelnen verrückten Dänen zusammen geschraubt. Mich ergriff Begeisterung für die Idee, Strom selbst zu erzeugen und damit unabhängig von Konzernen zu werden. Zu einem eigenen Windrad habe ich es noch nicht gebracht. Aber immerhin gibt es auf dem Dach meines Wohnhauses eine Solaranlage, die mir heißes Wasser liefert.

Ich bin ein Autonarr. War stolzer Besitzer eines NSO, drei VW-Käfern, einem Matra-Sportwagen, Mercedes-Taxi, Simca und Chrysler, nach einander versteht sich. Es muss 1988 gewesen sein, als ich mein letztes

eigenes Auto, einen VW-Bus mit Holzinneinverkleidung, verschenkt habe. Das war in Hannover und ich empfand es als Befreiung. Die unseelige Parkplatzsuche in der Nordstadt hatte sich für mich erledigt. Abgesehen von einem zweijährigen Intermezzo mit dem von Papa geerbten Mercedes bin ich mit den Öffentlichen insgesamt recht weit gekommen. Um Fahrziele zu erreichen, welche vom Regionalverkehr nur noch sporadisch bedient werden, bietet eine Teilauto-Mitgliedschaft attraktive Möglichkeiten. Ich kann täglich zwischen mehr als fünfundzwanzig Fahrzeugtypen wählen. Von Smart bis Renault Grand Scenic. Passend zur Gelegenheit.

Im Ökodorf Siebenlinden ist das Ziel ein nachhaltiges Leben. Was ist das? Meine Antwort: Seit 5 Jahrtausenden heißt es: Macht Euch die Erde untertan, damit ihr von der Natur weniger abhängig seid. Dafür sind wir Menschen mehr von einander abhängig denn je. Nachhaltigkeit bringt uns in Einklang mit der Natur und uns selbst.

RICHARD SCHMID

ANZEIGE



Schluss mit der Geheimniskrämerei!

Public Private Partnership

(PPP/ÖPP – Öffentlich Private Partnerschaften) ist die moderne Privatisierungsvariante, die seit einigen Jahren den privaten Konsortien die Tür zum öffentlichen Bereiche immer weiter aufstößt. Hierbei beauftragt die öffentliche Hand private Investoren mit dem Bau, dem Betrieb, der Finanzierung und in vielen Fällen der abschließlichen Verwertung von öffentlichen Institutionen wie Schulen, Rathäusern, Messehallen, Straßen und Autobahnen, Gefängnissen, Krankenhäusern, Turnhallen, Schwimmbädern, Bundeswehrcasinos, Polizeipräsidien und Justizzentren. Die öffentliche Hand zahlt eine Miete, die Verträge laufen in der Regel 30 Jahre.

Die Projektdatenbank der „Partnerschaften Deutschland AG“ verzeichnete im Juni 2009 130 solche PPP Projekte mit einem Gesamtvolumen von 5,45 Mrd. Euro. Und die Tendenz ist steigend.

Geheimhaltung ist das gemeinsame skandalöse Merkmal aller PPP Projekte – vor allem aber auch das undemokratischste!

Neben der Geheimhaltung bei der Abwicklung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt in den 90er Jahren, im Fall des Cross Boarder Leasing-Desasters oder neuerdings bei der Bankenrettung, die genau aufgrund solcher Geheimhaltungsklausel den Bürger sehr teuer zu stehen kommen werden, ist die organisierte Geheimhaltung auch für die neuere Privatisierungsvariante unter dem Namen *Public Private Partnership* (PPP) ein wichtiger Schritt zum Erfolg.

Die PPP-Projekte werden ohne jede öffentliche Diskussion bzw. an ihr vorbei initiiert. Die jeweiligen Abgeordneten entscheiden zwar über das Projekt per Grundsatzbeschluss, sie bekommen aber die Verträge nicht zu sehen! Und wenn, dann mit von den Beratern und Anwälten vorgenommenen Schwärzungen oder in einer Geheimkammer.

Geheimhaltung – Nährboden für die PPP-Verträge

Als Begründung dafür wird immer das Geschäfts- und Betriebsgeheimnis der beteiligten Unternehmen angeführt. Es handelt sich also nicht um eine willkürlich gewählte Geschäftspraxis, sondern um einen dem Interesse der privaten Partner geschuldeten Nachteil für die Bürgerinnen und Bürger.

Nur weil die Öffentlichkeit – der zweite Partner im Vertrag – keine Einsicht bekommt, können die privaten Partner ihre Gewinninteressen in den Verträgen durchsetzen. Somit ist die Geheimhaltung der PPP-Verträge der Nährboden, auf dem die negativen Auswirkungen von PPP überhaupt erst gedeihen können. Ohne Geheimhaltung könnten die PPP-Verträge gar nicht zu einem solch lukrativen Geschäft werden – und würden somit meistens nicht zustande kommen.

Gewinngarantien für Privatunternehmen sind zu Staatsgeheimnissen geworden

Geheimhaltung dieser Art nach bedeutet die Selbstentmachtung der Parlamente, die Wahrung der Geheimnisse rangiert dabei vor demokratischen Grundsätzen. Demokratie verkommt zur Fassade, hinter der sich die privaten »Partner« ungesehen bei Steuergeldern und Staatsgarantien bedienen können.

Verkauf und auch Rückkauf öffentlichen Eigentums, Mietverträge mit Laufzeiten bis zu 30 Jahren, Entscheidungen über bankrotte Banken und ähnliche Geschäfte können gerade in diesen Größenordnungen nur entschieden werden, wenn alle entscheidenden Details bekannt sind. Wenn gewählte Volksvertreter ihren Aufgaben zu verantwortlichem Umgang mit öffentlichem Vermögen gerecht werden sollen, brauchen sie diese umfassende Kenntnis. Geheimhaltung, wie sie bei PPP-Projekten stattfindet, ist damit prinzipiell unvereinbar; sie ist verfassungswidrig!

Je mehr Menschen über die Geheimverhandlungen informiert werden, umso mehr können sich auch in den gesellschaftlichen Diskurs einmischen. Wir können nur diskutieren, was wir auch wissen, und deshalb ist die Forderung nach einer Offenlegung der PPP-Verträge der erste Schritt, diese Verhandlungen demokratisch zu kontrollieren.

Schluss mit der Geheimniskrämerei – helfen Sie uns dabei!

Informieren Sie sich über die Geheimhaltung bei den PPP-Vorhaben auf unserer Webseite: www.ppp-irrweg.de Werden Sie aktiv: Machen Sie mit bei den bundesweiten Aktionstagen gegen die geheimen PPP-Verträge, vom 11. Juni bis 1. Juli 2010. Mehr Informationen dazu auch auf unserer Webseite: www.ppp-irrweg.de

Wir sind auf Spenden angewiesen, um möglichst viele Menschen darüber zu informieren, wie hinter ihrem Rücken öffentliche Güter verschleibt werden. Nur so kann öffentlicher Druck auf die Politik entstehen, nur so können wir Privatisierungsprojekte verhindern!

Spenden Sie jetzt und helfen uns damit, die verschlossenen Türen zu öffnen!

Unser Spendenkonto: Empfänger Attac Trägerverein e.V. KTO: 6007726100 BLZ: 430 609 67GLS Bank Verwendungszweck: "PPP-Irrweg"-Kampagne



neuland dokumentiert:

Das Urteil im attac-Bankentribunal

der Eigentums- und Vermögensverteilung verschärft hat. So wurden die Arbeitsverhältnisse systematisch entriegelt - durch das Beschäftigungsförderungsgesetz, das Leiharbeits-, Zeitarbeits- und Befristungsgesetz sowie durch Hartz IV. Das Resultat sind sinkende Löhne und ein kontinuierlich wachsendes Armutsrisiko. Zudem wurden die sozialen Sicherungssysteme teilprivatisiert und den Interessen der Finanzwirtschaft ausgeliefert. Hinzu kam, dass Spitzenverdiener und Kapitaleigner steuerlich stark entlastet wurden: Der Spitzensteuersatz wurde von 53 auf 42 Prozent abgesenkt, die Körperschaftsteuer von 40 auf 25 Prozent reduziert.

Darüber war es der Regierung Schröder ein Anliegen, der Finanzplatz Deutschland aufzuwerten. Daher wurden Kapitalbeteiligungsfonds für breite Bevölkerungsschichten geöffnet sowie Hedgefonds in Form Dachfonds zugelassen. Finanzinvestoren wurden als Vermögensverwalter deklariert und steuerlich privilegiert behandelt.

Der großen Koalition, hier vertreten durch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ex-Finanzminister Peer Steinbrück, sind bei der Bankenrettung gravierende Fehler unterlaufen.

Der derzeitigen Regierung, vertreten von Bundeskanzlerin Angela Merkel, ist anzulasten, dass noch immer keinerlei Regulierung der Finanzmärkte erfolgt ist. Stattdessen finden schon wieder Spekulationsgeschäfte in gigantischem Ausmaß statt - vor allem mit Währungen, Staatsanleihen, Derivaten, Rohstoffen und Aktien. Die Gefahr ist unübersehbar, dass sich erneut Blasen an den Finanzmärkten bilden. Ein zweiter Crash ist nicht auszuschließen.

Allerdings ist der Einwand der Verteidigung zu würdigen, dass die Kanzlerin auf die Stimmungs- und Debattenlage in Deutschland Rücksicht nehmen muss. Zudem sind die Einflussmöglichkeiten Deutschlands in internationalen Gremien begrenzt.

Dem Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, ist anzulasten, dass er seine gesamtwirtschaftliche Verantwortung nicht wahrnimmt und sich darauf beschränkt, die Gewinnmöglichkeiten seiner Bank zu maximieren. Ackermanns volkswirtschaftliche Verantwortung ergibt sich bereits aus seinen Funktionen: Er ist Vorsitzender des internationalen Bankenverbandes und Vorstandsmitglied des deutschen Bankenverbandes. Vor allem aber ist die Deutsche Bank so groß, dass sich daraus automatisch eine Verpflichtung ergibt, an das gesamtstaatliche Gemeinwohl zu denken. Die Deutsche Bank hat eine Bilanzsumme von 2,1 Billionen Euro - was knapp dem deutschen Inlandsprodukt entspricht.

Während des Tribunals erfolgte auch eine Beweisaufnahme zum The-



ma Griechenland statt und inwieweit die Banken von dem drohenden Staatsbankrott profitieren. Die Jury schlägt vor, hierzu kein Urteil zu fällen, weil es sich erstens um einen noch laufenden Prozess handelt und zweitens keinerlei belastbare Beweismittel vorlagen. Allerdings nimmt die Jury die Hinweise des Zeugen Schumann sehr ernst, dass sich die Fehler bei der HRE-Rettung wiederholen könnten und dass bei einer ad-hoc-Rettungsaktion erneut versäumt wird, die Gläubiger angemessen an den Kosten zu beteiligen, weil nicht rechtzeitig über eine geordnete Insolvenz nachgedacht wurde. Die Jury

schlägt daher vor, den Komplex Griechenland (sowie weiterer Kandidaten für einen Staatsbankrott) künftig in einem eigenen Tribunal zu untersuchen.

Angriffe auf das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip

„Wenn man so will, haben die Finanzmärkte quasi als „fünfte Gewalt“ neben den Medien eine wichtige Wächterrolle übernommen. Wenn die Politik im 21. Jahrhundert in diesem Sinn im Schlepptau der Finanzmärkte stünde, würde dies vielleicht so schlecht nicht.“ Rolf-E. Breuer, ehemaliger Chef der Deutschen Bank, in: Die Zeit, 18.9.2000. Republik kommt von res publica = öffentliche Angelegen-



heit. Unsere Staatsform steht und fällt also mit Öffentlichkeit und Transparenz. Tatsache ist aber, dass im Zusammenhang der Bankenkrise lichtscheue Aktivitäten in einem außergewöhnlichen Ausmaß dingfest zu machen sind, wobei die angestrengten Versuche der Geheimhaltung ein sicheres Indiz für vorsätzliche Angriffe auf das Demokratieprinzips sind. Zur wachsenden Macht der Finanzmärkte gehört, dass zunehmend Externe an den Gesetzesvorhaben mitarbeiten, die eine auffallende Nähe zu Parteien mit Partikularinteressen haben. Allein im Jahr 2009 wurden 16 Gesetze verkündet, an denen Externe mitgewirkt haben. Im Zeitraum von 1990 bis 1999 war es gerade mal ein Gesetz.

Nach Überzeugung der Jury ist nicht die Frage, wo Sachverstand aufhört oder Korruption beginnt, sondern es ist schlicht festzustellen, dass gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip in gravierender Weise verstoßen wurde und offenbar weiter wird. Gern wird das Argument vorgebracht, wegen der Komplexität der Gesetzgebungsfragen sei externer Sachverstand nötig. Doch diese Begründung beweist nur: Wenn selbst die Fachbeamten ihre Gesetze nicht mehr verstehen, sind sie für Bürger und Abgeordnete erst recht nicht mehr zu begreifen. Dann ist aber die „res publica“ am Ende.

Nach Überzeugung der Jury sind auch die Verflechtungen von Amtsträgern - auch von solchen „aD.“ - mit der Finanzwirtschaft („Drehorteffekt“) geeignet, das Vertrauen der Bürger in die Integrität der Exekutive zu untergraben, weil es ihre dienstlich erworbenen Kenntnisse, Erfahrungen und Beziehungen sind, welche hier Privaten nutzbar gemacht werden.

Die Intransparenz bei dem Bankensrettungsfonds Soffin ist aus der Sicht der Jury verfassungswidrig. Die Abgeordneten eines Parlaments haben ein umfassendes Kontrollrecht, insbesondere soweit sie das parlamentarische „Königsrecht“ der Haushaltshoheit betreffen. Dazu gehört auch ihr Recht zu erfahren, wer die Gläubiger sind, die von den Rettungsmilliarden profitieren. Nach zahlreichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts kann es Zweifel daran nicht mehr geben, dass jegliche Vorenthaltung von Bundestag für wesentlich gehaltener Informationen als verfassungswidrig anzusehen ist (vgl. z.B. BVerfG v. 17.07.1984 2 BvE 1/83 „Flick-Ausschuss“; v. 14.1.86-2 BvE 14/83 „Geheimdienste“). Die Jury fordert die Mitglieder und Fraktionen des Bundestags deshalb auf, diesen Beschränkungen ihrer verfassungsmäßigen Rechte mit allen - insbesondere auch verfassungsgerichtlichen - Mitteln in aller Entschiedenheit entgegen zu treten.

Die Asymmetrien bei Parteispenden durch Teile der Finanzindustrie gibt der Jury Veranlassung, den Bundestag aufzufordern, das Parteispendenrecht von Grund auf zu reformieren.

Gänzlich unvereinbar mit demokratischen Grundsätzen erscheint der Jury, dass selbst von Regierungsseite mancher Finanzakteur „too big to fail“ angesehen wird. Wenn dies zutrifft, konstatiert dies einen unerträglichen Zustand staatlicher Ohnmacht, der mit dem Demokratieprinzip unvereinbar ist. Daraus folgt der zwingende Beweis für die Notwendigkeit der Zerschlagung solcher Institute.

Die Jury ist schließlich der Auffassung, dass das EU-Recht mit seinen bekannten Defiziten gerade für die Finanzmärkte umfassender Revision bedarf.

Die Polarisierung zwischen Arm und Reich

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Dieser Prozess ist sowohl innerhalb der deutschen Gesellschaft wie auch weltweit zu beobachten und kann als eine der wesentlichen Ursachen der Finanzkrise gelten.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat im globalen Süden die bereits vorher wirksamen externen Gefährdungen verschärft. Ebenso wie mit der Klimakrise, der Ernährungskrise und der Energiekrise werden damit Milliarden Menschen in existentielle Bedrängnis gestürzt, die keine Verantwortung dafür tragen. Die externen Finanzströme und Geldüberweisungen von Migranten brachen ein, die Rohstoffpreise gingen um mehr als 20 Prozent zurück, der Handel schrumpfte dramatisch (in Afrika zum Beispiel um rund 17 Prozent). Millionen Menschen stürzen in extreme Armut, die Zahl der Hungernden hat die Milliardengrenze überschritten, die Kindersterblichkeit steigt.

Das internationale Krisenmanagement, das die Bundesregierung maßgeblich mitgestaltet, hat völlig unangemessen reagiert. Von den weltweiten Rettungspaketen sind lediglich etwa 5 Prozent für die Krisenbewälti-



gung des globalen Südens vorgesehen. Deutschland selbst hat von den beiden Konjunkturpaketen I und II im Gesamtumfang von 82 Mrd. Euro nur den Bruchteil von etwa 100 Millionen Euro für die Krisenfolgen der Entwicklungsländer vorgesehen. Zudem dienen diese lediglich der Zinssubventionierung eines Darlehens von bis zu 500 Millionen Euro, das die KfW Entwicklungsbank der Weltbank zur Verfügung stellt - mit dem kosmetischen Nebeneffekt, dass die Bundesregierung den Gesamtumfang von 500 Mio. Euro als „Entwicklungshilfe“ (ODA) anrechnen lassen kann.

Schwerwiegend ist, dass die Bundesregierung nach eigenen Aussagen auf Grund der Krisenfolgen noch nicht einmal ihre internationale Verpflichtung zum Beitrag von 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die öffentliche Entwicklungsfinanzierung 2010 erfüllen wird.

Die Politik der Bundesregierung hat dazu beigetragen, die Krisenanfälligkeit der Länder des Südens zu erhöhen. Sie betrieb eine Liberalisierung und Deregulierung der Wirtschafts- und Finanzsysteme auch gegenüber ökonomisch benachteiligten Ländern und unterließ zugleich effektive Maßnahmen gegen Steueroasen und Schattenfinanzzentren. Damit beförderte sie eine Kapitalflucht und Steuervermeidung im globalen Süden, deren

Größenordnung die öffentliche Entwicklungshilfe in diesen Ländern schätzungsweise um das Zehnfache übersteigt. Die Bundesregierung hat es unterlassen, die Spekulation mit Agrarrohstoffen an den Börsen durch effektive Regulierung zu verhindern. Sie behindert gemeinsam mit anderen Industriestaaten, dass die Länder des Südens in den globalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen angemessen vertreten sind. Zwar hat die Kanzlerin im Dezember 2008 eingeräumt, dass die Einrichtung eines Weltwirtschaftsrates unter dem Dach der Vereinten Nationen erforderlich sei. Doch diesem Bekenntnis folgten keine Taten.

Schlussfolgerungen und Forderungen

Geld ist ein öffentliches Gut und Geldschöpfung eine öffentliche Aufgabe. So weit private Banken diese Aufgabe übernehmen, handeln sie in öffentlicher Verantwortung. Es darf keine wirtschaftliche Freiheit ohne Verantwortung geben. Daraus folgt für die Regulierung der Finanzmärkte:



1. Die Finanzwirtschaft hat der Realwirtschaft zu dienen. Es sind daher alle Finanzprodukte zu verbieten, die keinen zwingenden Nutzen für die Kreditversorgung von Unternehmen und Privatpersonen haben.

2. Es darf kein Finanzunternehmen oder Finanzgeschäft oder Finanzplatz außerhalb der öffentlichen Aufsicht und Kontrolle verbleiben. Dies bedeutet auch ein Verbot von Zweckgesellschaften.

3. Die Finanzwirtschaft ist grotesk überdimensioniert. Viele Banken haben gar keinen erkennbaren Geschäftszweck (IKB, Landesbanken) oder flüchteten in die Spekulation und den Eigenhandel, weil mit dem klassischen Bankgeschäft kaum Gewinn zu machen war. Der Finanzsektor muss schrumpfen und Eigenhandel verboten werden. Letztlich bedeutet dies: Die Privatbanken entwickeln ein Profil, wie die Sparkassen es schon haben. Sie dienen der Realwirtschaft.

4. Es darf keine „systemrelevanten“ Banken mehr geben, die bei Schiefelage mit Steuermitteln gerettet werden müssen, um eine „Kernschmelze“ des Finanzsystems zu verhindern. Die Größe der Banken ist also zu reduzieren (evtl. durch Zerschlagung). Das bedeutet auch: Es werden keine Fusionen von Banken mehr zugelassen.

5. Die Risikovorsorge bei den Banken muss deutlich verstärkt werden und das hinterlegte Eigenkapital steigen. Zudem sollten die Eigenkapitalanforderungen mit der Größe der Bank zunehmen, um gefährliche Konzentrationsprozesse zu bestrafen.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
Freundeskreis attacVilla
in Könnern e.V.
Bahnhofstraße 6, 06420 Könnern
Mobil 01 76 - 51 45 62 53
villa@attac.de
www.attac-netzwerk.de/halle

REDAKTION:
Solveig Feldmeier, Walter Oswald,
Richard Schmid (ViSdP)

6. Es kann nicht sein, dass Rating-Agenturen von ihren Auftraggebern bezahlt werden. Hier ist dem Vorschlag des Zeugen Sven Giegold zu folgen, dass die Investoren für die Ratings aufkommen müssen.

Kosten der Finanzkrise

Bisher sind die Gläubiger der Banken nicht an den Rettungskosten beteiligt worden, obwohl sie die Profiteure der Milliardenpakete sind. Dies muss über eine gezielte Steuerpolitik korrigiert werden. Begründung: Das Vermögen in Deutschland ist sehr ungleich verteilt. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt bereits 23 Prozent des Volksvermögens. Das reichste Zehntel vereinigt schon 61 Prozent auf sich. Umgekehrt gehört den unteren 70 Prozent nur ganze 9 Prozent des Gesamtvermögens. Man kann also zusammenfassen: Von den Bankenrettungspaketen haben nur die reichsten 30 Prozent der Bundesbürger profitiert.

Demokratiedefizite

1. Bei Rettungsmaßnahmen müssen die Gläubiger der Banken offen gelegt werden. Auch muss es eine Berichtspflicht gegenüber dem Parlament geben
2. Wie in den USA ist ein öffentliches Lobbyregister einzuführen, das die Zahl der Mitarbeiter und vor allem die Finanzkraft der Lobbyorganisationen auflistet.
3. NGOs und Gewerkschaften sind sehr viel stärker an den Beratergremien für die Regierungen zu beteiligen.
4. Um die strukturelle Asymmetrie zwischen der Finanzkraft der Banken und der NGOs auszugleichen, sind zivilgesellschaftliche Organisationen staatlich zu subventionieren, damit sie ihr Lobbying betreiben können.
5. Beim Wechsel von staatlichen Positionen in die freie Wirtschaft - oder umgekehrt - sind Karenzzeiten zu beachten.

Sozialpolitische Forderungen

Wie die Anklage überzeugend darlegen konnte, hat die ungerechte Verteilung von Vermögen und Einkommen ganz wesentlich die Finanzkrise befördert. Deswegen benötigen wir in der Sozialpolitik eine universale Bürgerversicherung, die alle Einwohner und Einkommen nach Leistungsfähigkeit einbezieht. Gleichzeitig ist eine gerechte Steuerpolitik und ein Mindestlohn zu fordern.

Internationale Forderungen:

1. Die Bundesregierung muss ihre Verpflichtung erfüllen, ihre Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen (0,7 Prozent des BNE 2015)
2. Keine Termingeschäfte für Agrarrohstoffe
3. Steueroasen und Schattenfinanzzentren müssen geschlossen werden
4. Die globale Finanz- und Wirtschaftspolitik darf nicht länger im exklusiven Kartell von G8 oder G20 ausgehandelt werden.
5. Die Finanzakteure müssen für die Schäden im globalen Süden herangezogen werden. Dafür ist eine Finanztransaktionssteuer von 0,5 Prozent erforderlich.

FRIEDHELM HENGSBACH

Die normativen Grundlagen des Urteils

Das Bankentribunal heute steht auf den Schultern großer Vorgänger. Die nach Bertrand Russel benannten Tribunale waren gesellschaftliche Gerichte gegen den Vietnamkrieg, gegen die Militärdiktaturen und die wirtschaftliche Ausbeutung in Lateinamerika, gegen Menschenrechtsverletzungen in Deutschland, gegen den Völkermord an den Indianern, gegen Menschenrechtsverletzungen in der Psychiatrie. Danach gab es Tribunale zu Menschenrechtsverletzungen an Völkern und Minderheiten, zu völkerrechtswidrigen Kriegen, zur Gewalt gegen Frauen und zur Umweltzerstörung und Wasserverschmutzung. Unser Bankentribunal ist kein staatliches Gerichtsverfahren, kein Strafrechtsprozess, kein Zivilrechtsprozess. Dieses Tribunal ist ein zivilgesellschaftliches Gerichtsverfahren. Es werden Anklageschriften vorgelesen, die Argumente der Verteidigung gehört, Sachverständige und Zeugen befragt und es wird ein Urteil gesprochen. Dieses Urteil ist ein Zeichen zivilgesellschaftlichen Protests.



Was sind die normativen Grundlagen des Gerichtsverfahrens und des Urteils? Das Gericht orientiert sich an der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 - das sind politische Beteiligungsrechte, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Anspruchsrechte und freiheitliche Abwehrrechte. Das Grundgesetz erklärt die Bundesrepublik zum demokratischen und sozialen Bundesstaat, in dem das Eigentum verpflichtet, dessen Gebrauch zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll, das den Staat zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet.

Der Spruch

Die Jury kommt zu der Überzeugung, dass die Finanzkrise nicht wie eine Naturgewalt über die deutsche Wirtschaft hereingebrochen ist. Es gibt klare Verantwortliche. Dazu gehört die Politik, hier vertreten durch Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Jury widerspricht den Banken, hier vertreten durch Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann, sie seien nur „Getriebene der Märkte“. Vielmehr haben sie durch ihr bedenkenloses Gewinnstreben den Grundsatz grob verletzt, dass „Eigentum verpflichtet“ und auch dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen hat.

Die Bewertung der Beweisaufnahme

Die Jury hat sich bei der Beweisaufnahme von drei zentralen Fragen leiten lassen: Welche Rolle spielte die Verteilungspolitik bei der Entstehung von Finanzblasen? Welche Defizite gab es bei der Regulierung der Finanzmärkte? Und auf wen wurden die Kosten der Finanzkrise abgewälzt? In der Chronologie der Ereignisse ergab sich dabei folgende Bewertung: Der Regierung Schröder ist vorzuwerfen, dass sie die Spreizung

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT
AM 25.06.2010.